

## 97. Vollversammlung

### **Sitzung am 26.02.2015** **Beschluss Nr. 2**

#### **Willkommenskultur, Teilhabe und Integration im Saarland**

#### **AntragstellerInnen: aej, BDKJ, JRK, juz-united und Naturfreundejugend**

Die Flüchtlingsdramen im Mittelmeer sind auch unser Problem! Keine Flucht erfolgt ohne Grund. Fluchtgeschichten sind immer Geschichten von Krieg und Gewalt, Diskriminierung, Verfolgung oder Unterdrückung sowie schweren Menschenrechtsverletzungen; Geschichten von wirtschaftlichem oder sozialem Elend und Krankheiten – vor allem von Verzweiflung; Geschichten von Gefahren, Schleppern, vergeblicher Hoffnung, Entfremdung, Heimatlosigkeit und dem Gefühl, nicht willkommen zu sein.

Wir in Europa stehen in der Verantwortung, Menschen, die flüchten mussten, zu unterstützen und ihnen als Freunde entgegenzutreten. Denn wir tragen dazu bei, dass anderswo Menschen fliehen müssen: Unsere Lebens- und Wirtschaftsweise entzieht vielen Menschen andernorts die Lebensgrundlage. Dazu zählen maßloser Ressourcenverbrauch und die Zerstörung von Ökosystemen. Wir alle - die Wirtschaft, die Politik, die Gesellschaft und jede und jeder Einzelne sind mitverantwortlich für die Bedingungen, die Menschen in die Flucht treiben. Kein Mensch sollte fliehen müssen! Hier kann jede und jeder Einzelne zur Veränderung beitragen! Viele unserer Jugendverbände engagieren sich für den fairen Handel und schaffen Bewusstsein für kritischen Konsum.

Daher fordern wir:

- die Neuausrichtung der Migrations- und Integrations- sowie der Asylpolitik, weg von Abwehrpolitik gegenüber eingewanderten und künftig einwandernden Menschen, hin zu einer Willkommenskultur,
- die Anerkennung von klimabedingter Flucht als Asylgrund,
- den sofortigen Stopp der Abschiebung von Kindern und Jugendlichen in unsichere Herkunftsländer,
- die Schaffung familienerhaltender Maßnahmen, um die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen zu fördern, gemäß der Anforderungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes,
- Flüchtlingen die gefahrenfreie und legale Einreise in die EU z. B. per Schutzvisa zu ermöglichen und die Praxis der illegalen Zurückweisung sofort zu beenden,
- die Abschaffung des Dublin-Systems<sup>1</sup> dahingehend, dass derjenige Staat für ein Asylverfahren zuständig sein sollte, in dem die Asylsuchenden ihren Antrag stellen möchten (d.h. die Einführung eines fairen und transparenten Verfahrens zur Festlegung von Aufnahmequoten und eines solidarischen Lastenausgleichs innerhalb der Europäischen Union),
- den quantitativen Ausbau des regulären Resettlement-Programms<sup>2</sup> in Deutschland orientiert an den Empfehlungen des UNHCR<sup>3</sup> (die qualitative

---

<sup>1</sup> Im Dublin-Verfahren ist geregelt, dass das Land, das ein Flüchtling zuerst betreten hat, für Unterbringung und Asylverfahren zuständig ist.

<sup>2</sup> „Resettlele“ haben in Deutschland sofortige Reisefreiheit ohne Residenzpflicht, haben keinen verminderten Sozialleistungssatz, dürfen arbeiten, studieren, ihre Familie nachholen und müssen nicht im Lager leben.

<sup>3</sup> UNHCR: United Nations High Commissioner for Refugees - das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen

Weiterentwicklung des geplanten, dauerhaften Resettlement-Programms für Deutschland). Hier sollte insbesondere der rechtliche Status von Resettlement-Flüchtlingen dem Status der in Deutschland im Asylverfahren Anerkannten angeglichen werden.

•

### **Für faire Asylverfahren!**

Nicht immer ist ein faires Asylverfahren in den Aufnahmestaaten gewährleistet. Lange Bearbeitungszeiten sorgen oft dafür, dass die Antragstellenden im Ungewissen leben. Darüber hinaus stellen wir fest, dass die gute Tradition des Kirchenasyls ausgehöhlt und nicht mehr respektiert wird. Das Kirchenasyl ist ein wichtiges Instrument, um Flüchtlingen vorübergehend Aufnahme in Kirchengemeinden zu gewähren, wenn diesen Abschiebung droht, die mit der Gefährdung für Leib und Leben verbunden ist.

Wir fordern daher:

- mehr Personal zur Prüfung der Anträge bereitzustellen, damit die Wartezeiten von Asylsuchenden angemessener werden. Jeder Mensch hat den Anspruch auf ein faires und gerechtes Asylverfahren nach einheitlichen Maßstäben,
- eine unabhängige, qualifizierte rechtliche Beratung flächendeckend zur Verfügung zu stellen,
- einen festen Aufenthaltsstatus, der den Bewerberinnen und Bewerbern Orientierung und Perspektive gibt, statt aneinandergereihter Kettenduldungen,
- die Stellen für Betreuung und Begleitung aufzustocken sowie die zuständigen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter interkulturell zu schulen und zu sensibilisieren,
- Kirchenasyl anzuerkennen und zu erhalten.
- eine finanzielle Unterstützung, anstelle der Ausgabe von Lebensmittelpaketen, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können
- eine Verbesserung der medizinischen und psychologischen Versorgung von Flüchtlingen.

### **Für Willkommenskultur und Teilhabe!**

Wir sehen es in der Verantwortung des Landes, das Recht der Teilhabe für Asylsuchende und Flüchtlinge umzusetzen und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Wir fordern daher:

- Strategien zur Verbesserung der Teilhabechancen von Menschen zu entwickeln, die aus verschiedenen Gründen schon länger in Deutschland leben,
- Mobilität für Flüchtlinge durch Zugang zum ÖPNV zu erleichtern,
- die Jugendverbände durch die Bereitstellung von zusätzlichen Ressourcen in die Lage zu versetzen, Angebote speziell für junge Flüchtlinge konzipieren und durchführen zu können,
- dem Recht auf Arbeit gerecht zu werden,
- ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge vor Ort auch finanziell zu unterstützen,
- und Partizipationsmöglichkeiten für Migranten/-innen zu verbessern.

### **Für ein Miteinander in den saarländischen Kommunen!**

Die Kommunen, die Flüchtlinge aufnehmen, stehen vor zahlreichen Herausforderungen.

Wir fordern daher:

- saarländische Kommunen finanziell bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu unterstützen und sie in die Lage zu versetzen ihre Einwohnerinnen und Einwohner frühzeitig informieren und für die Situation der Flüchtlinge zu sensibilisieren,
- die Gemeinden in die Lage zu versetzen für sich Konzepte zu entwickeln, wie Teilhabe und Integration vor Ort und im Umland zu ermöglichen sind.

Wir Jugendverbände sehen uns in der Verantwortung, unsere Mitglieder und Gruppen zu sensibilisieren, zu schulen und vor Ort zu unterstützen.

*einmütig beschlossen bei 2 Enthaltungen*